



Aktion der Arbeitslosen: Montagsdemo in Frankfurt gegen Sozialabbau

(Bild: Martin Keßler)

# Verachtete Verlierer

**Der Berichterstattung über die soziale Lage in Deutschland mangelt es an Vielfalt – sowohl im Fernsehen als auch in der Qualitätspresse. Die Realität der Betroffenen bleibt allzu oft außen vor.**

Von René Martens

**D**er Dokumentarfilmer Martin Keßler arbeitet seit 20 Jahren fürs Fernsehen, vor allem zu sozialen Themen. Seinen Film „Neue Wut“, Ende Juli fertig gestellt, wird man dort nicht zu sehen

bekommen, obwohl er ihn verschiedenen Sendern angeboten hat. Keßlers Protagonisten sind Opfer von Agenda 2010 und Hartz IV, die ihre Wut in Aktionen kanalisiert haben. Der Film zeigt, beginnend mit den Montags-

demonstrationen von 2004, wie das „Nicht-Einverständnis“ (Keßler) mit der rot-grünen Reformpolitik wachsen konnte. Die Dokumentation habe vielen Redakteuren gefallen. Doch hätten sie es bisher nicht geschafft, sie ins Programm zu bringen.

Die Sensibilisierung für sozialkritische Themen sinke; es gebe weniger Sendeplätze für Hintergründe; die Verantwortlichen seien zu sehr auf Aktualität und Quoten fixiert – mit diesen Erklärungsansätzen skizziert Keßler, was sich bei hiesigen TV-Sendern in den vergangenen Jahren geändert hat. Keßler will die Hoffnung, dass sein Film ins Fernsehen kommt, „noch nicht aufgeben“, immerhin haben „heute-journal“, „Kulturzeit“ und andere Sendungen Anfang August über seine „Neue Wut“ berichtet. Vorerst muss der Dokumentarfilmer den Streifen graswurzelartig auf DVD und Video übers Internet vertreiben ([www.neuewut.de](http://www.neuewut.de)) und mit Einzelaufführungen vorlieb nehmen, die Gewerkschafts- oder Attakgruppen organisieren.

Ungewöhnlich an „Neue Wut“ ist, dass der Film von der Umwälzung des Sozialsystems aus der Perspektive der Betroffenen erzählt. Ähnlich wie in der Dokumentation „Schlaraffenland ist abgebrannt“, die im Sommer im Ersten (bezeichnenderweise eine halbe Stunde vor Mitternacht) sowie im MDR lief. Im Fernsehen komme zum Thema Hartz IV vor allem „die politisch-intellektuelle Oberschicht“ zu Wort, sagt Samuel Schirmbeck, der Autor des genannten ARD-Films. Gabriele Gillen, Redakteurin beim WDR-Hörfunk und Verfasserin des Buchs „Hartz IV. Eine Abrechnung“, ergänzt, das Fernsehen vermittele den Zuschauern, dass „Wirtschaft eine Geheimwissenschaft“ sei, über die „nur ein kleinster Kreis reden kann“. Eben immer dieselben „wichtigen Männer“ in der Talkrunde von Sabine Christiansen.

**Tabuzonen.** Die Qualität der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsberichterstattung umriss der Publizist Werner Rügemeier bei den „Mainzer Tagen der Fernseh-Kritik“ zum Thema „Bilder des sozialen Wandels“ mit einem aus anderen Zusammenhängen bekannten Begriff: „Unterschichtenfernsehen“. Rügemeier bemängelt, dass bei der Diskussion um Lohn, Arbeitsmarkt und Standortsicherung „der ganze Umfang, die Entstehung der Gewinne und die Gewinne selbst tabu bleiben. Nicht nur die Reichtumsexplosion in den letzten

anderthalb Jahrzehnten in Deutschland seit der ‚Wende‘ wird tabuisiert, sondern vor allem der ursächliche Zusammenhang: Der Reichtum der einen ist die Armut der anderen.“

Stefan Niggemeier, Medienredakteur der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, monierte auf derselben Tagung unter anderem das monatliche Ritual beim Verkünden der Arbeitslosenstatistik aus Nürnberg. Es stumpfe

ab, erkläre nichts. Die Zahlen würden auch nicht sinnlicher, wenn sie durch Zahlen erläutert würden. So hieß es Anfang März in den „Tagesthemen“ zur „Veranschaulichung“ der frisch gemeldeten Zahl von 5,2 Millionen Arbeitslosen: „Wollten die alle im ICE fahren, bräuchte man einen Zug von 2.800 Kilometer Länge.“ Darüber hinaus bemängelte der Medienjournalist, das Thema werde – etwa im Magazin

„ZDFreporter“ – oft aus der Perspektive behördlicher Kontrolleure behandelt, die vermeintlichen „Sozialschmarotzern“ auf die Schliche kommen wollten.

Zumindest im Programm des ZDF hat sich der Tenor seitdem nicht wesentlich verändert, wie das „heutejournal“ vom 27. Juli bestätigte. Zum Thema „Volle Arbeit und weniger Geld als Arbeitslose“ (unter diesem Schlag-

Hamburger Medienpool e.V.

## Hartz IV für Journalisten

Wer an Ein-Euro-Jobs denkt, stellt sich gewöhnlich einfache Tätigkeiten wie Laubbarken vor. Doch wenn man die großzügige Räumlichkeit des Hamburger Medienpools e.V. durchschreitet, bleiben solche Assoziationen aus: Im Großraumbüro fläzt sich ein persischer Gazellenhund auf dem Boden – ein Bild, das man aus Redaktionen und Agenturen kennt.

Hartz IV für Medienschaffende heißt im konkreten Fall: 24 Journalisten und Grafiker, streng genommen Ein-Euro-Jobber, lernen und arbeiten seit Anfang Juli auf 400 Quadratmetern mindestens 30 Stunden pro Woche. Nach neun Monaten sollen die Teilnehmer, die Arbeitslosengeld II beziehen, besser gerüstet sein für den Markt der Medien. Als Aufwandsentschädigung bekommen sie zusätzlich bis zu 210 Euro, wovon sie allerdings ihre Fahrtkosten bezahlen müssen. Die ARGE und der Europäische Sozialfonds der EU finanzieren das Projekt.

Normalerweise werde man mit einem Ein-Euro-Job „dafür bestraft, dass man erwerbslos geworden ist“, sagt Barbara Bauer, die Besitzerin des Gazellenhunds. Beim Hamburger Medienpool sei die Atmosphäre dagegen „erfrischend und undeutsch im positiven Sinne“. Bauer gehörte einst eine kleine TV-Produktionsfirma, die ins Schlingern geriet, als der Fernsehmarkt schwächelte. Nachdem sie ihr Unternehmen Ende 2003 abgewickelt hatte, bewarb sie sich auf zahlreiche Stellen – und sah sich oft auf wenig subtile Weise abgewimmelt. „Da hieß es dann: Wir sind ein junges und dynamisches Team.“ Bauer ist 41 Jahre alt.

Bevor die Medienfrau im Pool landete, musste sie, wie alle Mitstreiter, einen mehrtägigen Test absolvieren. Die Macher nennen es „Kompetenzfeststellungsverfahren“ – ein Begriff, den sie hoffentlich nicht ihren Eleven beibringen. Wer für eine selbstständige Tätigkeit nicht geeignet zu sein schien, kam als Teilnehmer nicht in Frage. Denn: EU-Geld fließt nur, wenn der Medienpool künftige Existenzgründer formt. Bei zwei Bewerberinnen, die nach dem Journalistikstudium in die Arbeitslosigkeit stürzten, „war die universitäre Ausbildung noch so frisch, dass wir ihnen nichts Neues hätten beibringen können“, sagt Projektkoordinator Jörn Meve, vorher Lehrer und PR-Mann.

Die Projektteilnehmer arbeiten, angeleitet von diversen Dozenten parallel in vier Gruppen: Die erste, aufgeteilt in kleine Teams aus Textern und Grafikern, erledigt PR-Aufträge für gemeinnützige Einrichtungen; diese Gruppe erstellt Flyer, überarbeitet Logos. Die zweite Gruppe verbessert ihr Handwerk (Reportagen schreiben, neue Grafikprogramme erlernen). Zwei weitere Gruppen bereiten sich auf die Existenzgründung vor: die eine ganz praxisnah mit einer konkreten Geschäftsidee, die während des Projekts entwickelt wird, die andere eher mit formaler Hilfestellung.

In der öffentlichen Debatte um den Medienpool klang bisher oft die Befürchtung an, der Verein verderbe die Preise. Projektleiter Peter Kasperek, vorher federführend bei diversen „Qualifizierungsprojekten für Langzeitarbeitslose“, stellt klar: „Wir prüfen stets, ob die vom Kunden nachgefragte Arbeit früher schon jemand er-

ledigt hat, und wenn ja, ob das eine ehrenamtliche Tätigkeit war.“ Stellen er und Meve beim Studium der Geschäftsberichte fest, dass die interessierte Organisation potent genug ist, um auf dem freien Markt PR-Kräfte zu engagieren, kommt sie nicht zum Zuge. Einen Klienten habe man wochenlang durchgecheckt – und nach Rücksprache mit der Wirtschaftsbehörde abgelehnt. Meve: „Ein typischer Kunde ist eine Beratungsstelle für Frauen mit Essproblemen, die seit fünf Jahren mit demselben Flyer arbeitet, bei dem die Daten teilweise nicht mehr stimmen.“

Dass Ein-Euro-Jobs grundsätzlich geeignet sind, reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu verdrängen, daran können auch die Poolbetreiber nichts ändern. Hinzu kommt, dass ein Teil ihrer Grundidee paradox anmutet: Schlecht entlohnte Fachkräfte schließen eben jene Lücken, die durch staatliche Kürzungen erst entstanden sind. Was also die öffentliche Hand den sozialen Organisationen genommen hat, gibt sie ihnen nun via Medienpool teilweise zurück.

Ob Kasperek und Meve ihr Projekt nach Ende des ersten Jahrgangs im April fortführen dürfen, hängt davon ab, wie viele Teilnehmer sie in die Existenzgründung entlassen können. Insofern stehen auch die Macher unter Druck. Während bei einigen Teilnehmern „die Geschäftsidee derzeit noch vergleichsweise diffus ist“ (Kasperek), weiß Barbara Bauer genau, was sie nach der Qualifizierungsmaßnahme aufbauen will: „Ich habe im Bereich regionale Printmagazine eine Nische entdeckt.“

René Martens

wort konnte man den Beitrag später im Internet abrufen), wurden drei Niedriglohn-Empfänger aufgeboten – darunter eine Zahnarzthelferin –, die mit ihren Klagen den Tenor des Beitrags stützten: Dass Arbeitslose mehr bekommen als Arbeitende, ist sozial ungerecht.

**Ressentiments.** Christoph Butterwegge, Leiter der Abteilung Politikwissenschaft an der Uni Köln, wundert sich: „Warum kommt keiner auf die Idee zu sagen, sein Tariflohn sei zu niedrig, warum bedienen die Medien



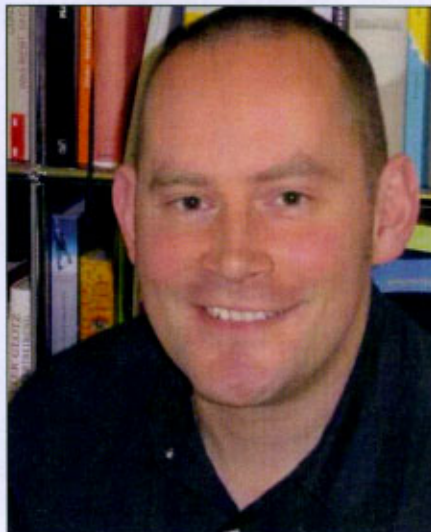
**Hartz IV im Selbstversuch: Barbara Hardinghaus** (Bild: Public Address)

statt dessen Ressentiments gegen Empfänger von ALG II?“ Die im Film verbreitete Haltung ist populär bei Medienmachern, und zurückzuführen ist sie möglicherweise auf eine Mitteilung des Bundespresseamts. Im Spätsommer 2004 wies die Behörde darauf hin, dass es unangebracht sei, im Zusammenhang mit Ein-Euro-Jobs von „Billigtarif“ zu sprechen, weil die Entlohnung ja zum Arbeitslosengeld II hinzugerechnet werden müsse. Wer den Begriff benutze, verkenne, „wie viel beispielsweise ein einfacher Arbeiter oder eine Krankenschwester verdient“.

Butterwegge hat unter anderem die wirtschafts- und sozialpolitische Berichterstattung der vergangenen Jahre analysiert (vgl. Seite 32). „Man hat zunächst radikale Reformen eingefordert und die dann mit Vorschusslorbeeren bedacht“, sagt Butterwegge. „Als aber die Katerstimmung einsetzte und es wenige Erfolge zu berichten gab, haben dieselben Medien die Reformen der (damaligen) Bundesregierung als ineffektiv gescholten, obwohl diese bloß genau das getan hat, was die

Journalisten gefordert haben.“ Das sei ihm besonders bei der „Zeit“ und beim „Spiegel“ aufgefallen. Seltsam auch: „Als klar war, dass die Reformen nicht greifen, wurde nicht die Medizin in Frage gestellt, sondern gefordert, die Dosis zu erhöhen.“

Was Butterwegge wissenschaftlich und nüchtern aufarbeitet, hat die Radio-redakteurin Gillen zu einer zornigen Polemik – auch gegen die eigene Zunft – mobilisiert. Gillen attestiert den Medien eine „fast schon durchgehende Verachtung für Leute, die arm sind



**Zahlenritual stumpft ab: Stefan Nigge-meier** (Bild: Christian Thiel)

oder gemacht werden“ – auch sie hebt den „Spiegel“ hervor. Die meisten Journalisten fühlten sich „denen zugehörig, die es geschafft haben“. Es gebe zwar jüngere Kollegen, die skeptisch reagierten, wenn sie die „auf Autopilot gestellten aggressiven Missionare zur Rettung Deutschlands“ hörten. Aber wer gegen die Wortführer des Mainstreams angehen wolle, brauche ein starkes Selbstbewusstsein: „Wer sieht sich schon gern dem Vorwurf ausgesetzt, ein sozialromantisches Schmutzdelkind von gestern zu sein?“

Charakteristisch für die Hartz-IV-Berichterstattung ist nach Gillens Beobachtungen das „Verfälschen“ von Zahlen. Ob „Focus“ oder „Tagesthemen“: Die finanzielle Lage der Hartz-IV-Betroffenen werde schön gerechnet. Gillen: „Ob das bewusst oder unbewusst geschieht, ob also manchmal auch der Zeitmangel Schuld ist – das kann ich nicht immer beurteilen.“

**Selbstversuch.** Wie die WDR-Frau kennt auch Barbara Hardinghaus die praktischen Details der umstrit-

tenen Reformen. Das liegt daran, dass sie sich vor einem Jahr einer Art Selbstversuch ausgesetzt hat: Einen Monat lang hat die damalige Redakteurin des „Hamburger Abendblatts“ auf dem finanziellen Niveau eines Hartz-IV-Empfängers gelebt und ihre Erfahrungen in einer täglichen Serie für die Zeitung protokolliert.

Hardinghaus, danach beim „Abendblatt“ zuständig für lokale Aspekte der Hartz-IV-Thematik und seit September im „Spiegel“-Gesellschaftsressort tätig, mag „wertfreie“ Artikel, „in denen nicht gleich draufgehauen wird“. Sie habe viel gelesen über Hartz IV im Herbst 2004, also im Vorfeld der Reformen – aber wenig im Januar, Februar und März, nachdem sie in Kraft getreten waren, als man also nicht mehr spekulieren musste, was sie bringen würden, sondern losgehen konnte und in leisen, unspektakulären Geschichten beschreiben, was Tatsache ist.“ Von solchen Texten gebe es viel zu wenig.

Völlig aus dem Blick geraten ist, dass es durchaus Alternativen zur aktuellen Reformpolitik gibt. Die „Süddeutsche Zeitung“ zitierte Anfang Juni eher en passant, was der Sozialwissenschaftler und Theologe Oswald von Nell-Breuning (1890-1991) vor 20 Jahren zur damaligen Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung angemerkt hatte: „Ich denke nicht an die 35-Stunden-Woche, auch nicht an die 24-Stunden-Woche, ich denke an eine viel weiter gehende Arbeitszeitverkürzung. Ich stelle mir vor, dass wir dahin kommen werden, dass zur Deckung des gesamten Bedarfs an produzierten Konsumgütern ein Tag in der Woche ausreicht.“

Im Spektrum der Qualitätszeitungen fällt nur die „Frankfurter Rundschau“ durch einen eigenständigen Kurs auf. Stephan Hebel, stellvertretender Chefredakteur des Blatts: „Wir versuchen, nicht dem neoliberalen Mainstream nachzulaufen, wir wollen Steuerpolitik und Bürgerversicherung differenziert diskutieren.“ Es herrsche allgemein ein „großes Geschrei“, dass „kein Geld“ da sei und es zu den umgesetzten Reformen „keine Alternative“ gebe. Allerdings „sind auch wir der Meinung, dass der Sozialstaat umgebaut werden muss“, betont Hebel.

René Martens arbeitet als freier Journalist in Hamburg